

Kopie an die Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements, Bern, unter
Bezugnahme auf ihr Schreiben vom 31.8.1970,
ad: s.B.44.32.A.0.1.

dodis.ch/34327



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MB	p.B.15.11.A.2.(1)	FK/zu
809	2.10	
EPD	30.9.70	-9
Ref.	p.B.15.11.A.2.	

KÖLN-BAYENTHAL, den
Bayenstraße 15
Telefon 980641

29. Sept. 1970

Ref.: 131.30 - CX/sp.
360.5

RUNDSCHREIBEN Nr. 17/70

an die schweizerischen konsularischen Vertretungen in Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg i. Br.
Hamburg, Hannover, München und Stuttgart,
sowie zur Kenntnisnahme an die schweizerische Delegation in Berlin

Beziehungen Schweiz - DDR.

Im vergangenen August ist die ostdeutsche Regierung in Bern vorstellig geworden mit dem Ziel, den Bundesrat zu einer Überprüfung seiner Politik gegenüber der DDR zu veranlassen. Im Anschluss an die der ostdeutschen Note gewidmeten Beratungen hat der Bundesrat am 12. August 1970 ein Communiqué veröffentlicht, das die gegenwärtige schweizerische Haltung wie folgt umschreibt:

"Der Bundesrat sieht sich nicht veranlasst, seine Haltung im Augenblick zu ändern; er wendet aber der Entwicklung der politischen Lage in Europa seine volle Aufmerksamkeit zu, wobei er berücksichtigt, mit anderen interessierten Staaten in dieser Hinsicht in Verbindung zu bleiben. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass seit 1968 Kontakte auf Verwaltungsebene mit der DDR namentlich mit Bezug auf Fragen des Handelsverkehrs bestehen."

Zum gleichen Thema erklärte der Bundesrat kürzlich in Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Nationalrat:

"Gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik hat der Bundesrat seit 1951 vergeblich eine befriedigende Regelung der Probleme angestrebt, bei denen es um wichtige schweizerische Interessen geht. Eine solche Regelung hätte schon seinerzeit zur Aufnahme von Beziehungen im Bereiche des Handelsverkehrs führen können. Seit 1968 bestehen erneut offiziöse Kontakte; wir lassen uns dabei von der ständigen Sorge um die Betreuung unserer Landsleute und um die Wahrung der schweizerischen Vermögensinteressen leiten."

Dodis



./.

- 2 -

Diese Kontakte könnten von den gegenwärtigen Veränderungen der politischen Situation in Europa, die zurzeit eine Wandlung unserer Haltung noch nicht rechtfertigen, beeinflusst werden."

Es ist damit zu rechnen, dass unsere Vertretungen in der Bundesrepublik von privaten Interessenten, vor allem aus Geschäftskreisen, auf das Problem der Aufnahme formeller Beziehungen zur DDR angesprochen werden. Ich bitte Sie, auf diese Frage mit der erforderlichen Zurückhaltung einzugehen und sich dabei vom Inhalt der wiedergegebenen offiziellen Stellungnahmen leiten zu lassen. Im Zweifelsfalle ist es geboten, die Botschaft oder die Zentrale zu konsultieren.

sig. Hans Lacher